

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### Gemeinwohl, faire Beschaffung und gleichrangige Partnerschaften

#### Bericht von der Bürgerkonferenz am 5.5.2012 in Ulm, Haus der Begegnung

Am 5.5.2012 trafen sich in Ulm 150 Bürgerinnen und Bürger zur dritten Bürgerkonferenz im Rahmen des Entwicklungspolitischen Dialogs WELT:BÜRGER GEFRAGT! der Landesregierung Baden-Württemberg. Oberbürgermeister Ivo Gönner begrüßte die Bürgerkonferenz. Minister Peter Friedrich setzte sich in der Diskussion mit den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger auseinander, die in vier Workshops erarbeitet worden waren. Die Veranstaltung fand im Haus der Begegnung statt. Moderiert wurde die Bürgerkonferenz durch Studienleiter der Evangelischen Akademie Bad Boll.

#### Begrüßung durch Ivo Gönner, Oberbürgermeister der Stadt Ulm

Oberbürgermeister Gönner lobte die Wahl des Hauses der Begegnung als geeigneten Ort für die Bürgerkonferenz. Der Dialogprozess über die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg greife Kampagnen, Initiativen und Projekte auf, die von der Bevölkerung nicht nur hier in Ulm, sondern im ganzen Land getragen und mitentwickelt werden. Konkret nannte er die „Ingenieure ohne Grenzen“, eine Initiative, die mit großem Engagement junger Menschen und hohem praktischen Nutzen „ohne Gesumse und Tamtam“ Entwicklungsarbeit leiste.



# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Engagement wie dieses werde nicht eingefordert, sondern entstehe eigenständig. OB Gönner verwies aber auch auf die Bedeutung der Rahmenbedingungen und den damit verbundenen Wandel: Ging es vor wenigen Jahrzehnten tatsächlich noch um Entwicklungshilfe, so existierten heute ganz andere globale Verhältnisse. Er nannte beispielsweise die zahlreichen aufstrebenden Schwellenländer, deren wirtschaftlicher Erfolg aber mit tiefen sozialen Brüchen und größter Umwelterstörung verbunden sei. Heute wirkten also ganz andere Bewegungen und Mechanismen, die auch den Zerfall staatlicher Ordnungen mit sich brächten, beispielsweise in „Ländern in Afrika, wo der Staat gar nicht mehr existiert“ und Banden das entstehende Machtvakuum füllten. Ebenso entstünden Verhältnisse von Ausbeutung ganz anderer Art, gerade in afrikanischen Staaten, in denen inzwischen China ein wichtiger Akteur ist, der den Kontinent plündere und Rohstoffe und landwirtschaftliche Ressourcen ausbeute.

Die Welt habe sich verändert. Umso wichtiger sei nun der Dialog „Welt:Bürger gefragt!“, dessen Sinn es sei, Initiativen zusammenfassen, die sich mit neuen Ideen den neuen Herausforderung stellen.

Nach Erläuterungen zum Dialogprozess und zum weiteren Ablauf der Bürgerkonferenz durch den Moderator Dr. Dieter Heidtmann von der Evangelischen Akademie Bad Boll, die den Entwicklungspolitischen Dialog organisiert, ordneten sich die Teilnehmer den verschiedenen Arbeitsgruppen im Haus der Begegnung zu. In den Workshops hatten die Teilnehmenden zunächst die Möglichkeit, individuelle Vorschläge für die zukünftigen Leitlinien zu erarbeiten. In einer zweiten Arbeitsphase wurden diese Vorschläge dann in Arbeitsgruppen vertieft. Die ausführlichen Vorschläge finden Sie in einem getrennten Dokument auf der Website [www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt). Nach einer etwa eineinhalbstündigen Gruppenphase wurden die zentralen Themen im Plenum vorgestellt:

### 1. Ergebnisse von Workshop 1: Nord-Süd-Partnerschaften

Moderation: Marielisa von Thadden, Ev. Akademie Bad Boll

#### Globales Lernen und Ausgestaltung von Partnerschaftsprojekten

- Die Landesregierung sollte keine eigenen Projekte, auch keine Pilotprojekte durchführen, sondern in diesem Bereich die Erfahrungen der NGOs aufnehmen und Finanzen vor Ort bereitstellen.
- Lokale Initiativen in Baden-Württemberg sollten besser gestärkt und mehr gefördert werden.
- Es wäre sinnvoll, eine Übersicht über bestehende Hilfsprojekte in Baden-Württemberg zu erstellen, um bestehende Hilfsprojekte in der Öffentlichkeit bekannter zu machen.
- Schulpartnerschaften und Schulprojekte sollten verstärkt gefördert werden.
- Eine bessere Wertschätzung (finanziell) von kleineren Projekten ist notwendig.
- Frauenzentren sollen gefördert werden.
- Die Schaffung einer Anlaufstelle für die Unterstützung von Partnerschaften, z. B. in der Unterstützung bei Formalien für Menschen aus dem Süden (Visa, Versicherung...) wird vorgeschlagen.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Die Qualität der Partnerschaftsarbeit muss verbessert werden. Partnerschaft ist ein gleichberechtigtes Geben und Nehmen. Gegenseitige Erwartungen und Verpflichtungen in der Partnerschaft sind zu klären.

Brita Emmermacher vom Verein „Ingenieure ohne Grenzen“ wurde als Delegierte für die Delegiertenkonferenz am 7.7.2012 in Karlsruhe gewählt.



### Workshop 2: Bildung und Wissenschaft

Moderation: Viktoria Pum, Ev. Akademie Bad Boll

#### Bildung für ALLE

- Erwachsenenbildung stärken
- Aufklärungsarbeit in Deutschland
- Anpassung des Bildungsplans
- Globales Lernen in den Lehrplänen
- Finanzierung und Förderung von externen Bildungsreferenten in den Schulen
- verlässliche Rahmenbedingungen für Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Verankerung von Globalem Lernen in der Lehrerbildung

#### Berufliche Bildung

- Bildungsmittel zugunsten der beruflichen Bildung umschichten
- Unterstützung Kleingewerbe/Handwerk in EL, z.B. Förderung von Praktika
- Unterstützung von Senior-Experten auch außerhalb Europas

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

- Öffentlichkeitsarbeit für Ausbildungsprogramme
- Transfer von Know-how durch Rückkehr in Heimatländer

### Koordination

- Internet-Plattform zur Information und Koordination
- Koordinierungsstelle bei der Landesregierung

Nicole Seiler wurde als Delegierte für die Delegiertenkonferenz am 7.7.2012 in Karlsruhe gewählt.

### Workshop 3: Fairer Handel/Faire Beschaffung/Wirtschaft

**Moderation:** Dr. Dieter Heidtmann, Ev. Akademie Bad Boll

#### Faire Beschaffung

- Die Arbeitsgruppen schlagen die Einführung verbindlicher Richtlinien für die faire Beschaffung im öffentlichen Bereich vor.
- Dazu sollen konkrete, überprüfbare Zielvereinbarungen getroffen werden.
- Vorhandene Standards und Zertifizierungen müssen im öffentlichen Beschaffungswesen umgesetzt werden.
- Vorgeschlagen wird die Schaffung von finanziellen Anreizen für die Beschaffung fair gehandelter Produkte

#### Förderung des Fairen Handels

- Das Land soll eine Öffentlichkeitskampagne für den Fairen Handel initiieren mit dem Ziel, den Anteil fair gehandelter Produkte von 2% auf 20% zu steigern.
- Baden-Württemberg soll sich bemühen, als erstes „Fair Trade“-Bundesland zertifiziert zu werden.
- Dazu müssen fair gehandelte Produkte für die Verbraucher einfacher zugänglich gemacht werden.
- Regionale Produktförderung und die Förderung von fair gehandelten Produkten soll gebündelt und gemeinsam beworben werden.

Konkret bedeutet dies:

- Ein Runder Tisch aus Landesregierung und Akteuren soll eine entsprechende Kampagne steuern und finanzieren
- Mögliche Multiplikatoren sind Kindergärten, Schulen, Agenda21-Zeitungen, Gemeindeblätter, ...
- Die „Fair Trade-Kommunen sollen in die Kampagne mit eingebunden werden.
- Die Verbraucherschutzzentralen sollen Ansprechpartner sein und Materialien zur Verfügung stellen.
- Im Rahmen der Kampagne könnten regionale Einkaufsführer erstellt werden.
- Für fair gehandelte Produkte könnte es eine feste Preisbindung geben (ähnlich wie im Buchhandel).

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### **Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Entwicklung**

- Das Gemeinwohl sollte Kriterium für die wirtschaftliche Produktion sein.
- Transparenz für die Öffentlichkeit ist notwendig.
- Förderung von Produkten sollte vom Gemeinwohl abhängig sein.
- Keine Investitionen in Rüstungsprodukte.
- Zivilgesellschaftliche Strukturen zur Gemeinwohlorientierung in der Wirtschaft sollten gefördert werden.

### **Nachhaltige, ethische Unternehmensführung und Entwicklungszusammenarbeit (Corporate Social Responsibility)**

- Nicht der Preis allein darf entscheidend sein, sondern ethische Maßstäbe für wirtschaftliches Handeln müssen das unternehmerische Handeln prägen.
- Diese Maßstäbe könnten in einem Ethikrat erarbeitet werden
- Hierzu könnte das Land einen Lehrstuhl für Forschung und Bildung im Bereich CSR einrichten.
- Nachhaltiges Wirtschaften können die Unternehmen durch Gemeinwohlabilanzen belegen.
- Verbreitet werden können die Kriterien bei öffentlichen Aufträgen in Form von Empfehlungen an die Unternehmen.
- Eine Kontrolle könnte bei öffentlichen Aufträgen z. B. durch den Rechnungshof erfolgen
- Wichtig ist, dass unethisches Verhalten (z.B. Kinderarbeit) in der gesamten Zulieferkette ausgeschlossen wird.

### **Sinnvolle Kommunikation und Koordination in der Projektförderung**

- Der Austausch zwischen den Bundesländern sollte verbessert werden, um Erfahrungen übernehmen zu können.
- Im Internet könnte eine interaktive EZ-Plattform geschaffen werden (WIKI)
- Das Bewusstsein dafür, dass es ein System von Partnerländern und Partnerregionen gibt, soll gefördert werden.
- Für effektivere Entwicklungszusammenarbeit ist es notwendig, auch mal auf eigene (sture) Interessen zu verzichten.
- Standardisierung und Überwachung sind notwendig, aber Achtung: „Bürokratisierung“ tötet Ehrenamt.
- Die Arbeit der GIZ muss besser bekannt gemacht werden.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### Workshop 4: Ökologische Nachhaltigkeit

Moderation: Anna Greve, Ev. Akademie Bad Boll

#### Erneuerbare Energien

- Technologietransfer und Förderprogramme für erneuerbare Energien
- Förderung einer dezentralen Energieversorgung

#### Landwirtschaftliche Nachhaltigkeit

- Genossenschaftliche Strukturen, welche naturgemäß wirtschaften, unterstützen
- Unterstützung für weltweites, patentiertes Saatgut vermeiden; stattdessen lokal angepasste Sorten verwenden

#### Umwelt- und Naturschutz

- Unterstützung und Schutz von lokalen Umweltschützern in der Welt
- Einbindung von Umweltschutzorganisationen in die pädagogische Ausbildung und Arbeit an Schulen
- Strukturelle Zusammenarbeit zwischen Regierung und Umweltschutzorganisationen

#### Nachhaltige Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit

- Regionale, selbstorganisierende Entwicklungsprojekte statt Großprojekte. Hilfe zur Selbsthilfe, z.B. in Bewässerungssystemen, Fruchtwechsel, lokalen Genossenschaften
- Nicht nachhaltige Produktions- und Konsummuster vermeiden, z.B. durch regionale Produkte und eingeschränkten Plastikverbrauch

#### Nachhaltige Initiativen fördern: Sozial, ökologisch und ökonomisch

- Ein Entwicklungszusammenarbeitsprojekt geschieht unter umfassenden Nachhaltigkeitskriterien sowohl ökologisch als auch sozial-gesellschaftlich und ökonomisch
- Keine Landesmittel für Rüstung und andere destruktive Programme und Produktionen



# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### Diskussion mit Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg

Herr Minister Friedrich ging in seinem einführenden Beitrag auf die Ergebnisse der Workshops ein und reagierte direkt auf einige der Anregungen:

Während entwicklungspolitisches Engagement im Land schon lange in hohem Maße vorhanden sei, sei die Entwicklungspolitik in der Regierung etwas stiefmütterlich behandelt worden und mit der Ansiedlung beim Wirtschaftsministerium einseitig ausgerichtet gewesen. Peter Friedrich betonte den Stellenwert, den entwicklungspolitische Überlegungen in der neuen Landesregierung einnehmen, sowie den ausdrücklichen Wunsch, die Verantwortung für die Entwicklungszusammenarbeit neu zu organisieren. Entsprechend sei diese nun beim Staatsministerium im Themenbereich Internationales fest vertreten.



Entwicklungspolitik solle auch in allen Themenbereichen verankert werden. Deshalb wurden alle Ressorts der Landesregierung aufgefordert, ihre Beiträge zu leisten, um die Entwicklungspolitik zur Querschnittsaufgabe in allen Häusern zu machen, und sich die Frage zu stellen „Wo können wir als Landesregierung Partner sein?“ Beispielsweise wurden vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst alle baden-württembergischen Hochschulen angeschrieben, um zu ermitteln, welche Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit bereits bestehen. Minister Friedrich erklärte ausdrücklich, „Querschnittsaufgabe“ heiße nicht „Sparprogramm“, und erläuterte, dass die Entwicklungspolitik eines Bundeslandes die größte Unterstützung durch Verwaltungshandeln erfahren könne und in nur sehr geringem Ausmaß durch finanzielle Förderung, zumal die Mittel sehr begrenzt sind und das Land keine eigenen Projekte initiiere. Wichtig seien die Vernetzung und das Zusammenbringen von Akteuren, das Sichtbarmachen von Projekten sowie die Anerkennung der Leistungen, die in diesem Bereich erbracht werden. Daher seien die Anstrengungen und Dienstleistungen auf Baden-Württemberg selbst zu richten, Bewusstsein und Globales Lernen zu fördern und bestehende Partnerschaften zu unterstützen.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### Reaktion von Minister Peter Friedrich auf die Workshop-Ergebnisse

Gerade das Entwicklungsmodell einer Partnerschaft der Gleichen solle dabei als Leitbild dienen. Minister Peter Friedrich verwies in diesem Zusammenhang auch auf die bestehende Partnerschaft des Landes Baden-Württemberg mit Burundi und berichtete von Projektbesuchen in Brasilien, bei mittlerweile starken Partnern. Die Vorschläge aus der Bürgerschaft zur Unterstützung bei formalen Schwierigkeiten und zur Idee eines Kompetenzzentrums nehme er gerne auf. Vieles wurde gerade im Hinblick auf die so genannte Diaspora bereits auf den Weg gebracht, teilweise durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ).

Ein Technologietransfer stoße auf das große Interesse des Landes. Ein großer Beitrag dazu „fängt aber bei uns unmittelbar an“, da vor allem Energieverbrauch und -nutzung Anreize gegen Entwicklung setzten. Als Beispiel nannte Peter Friedrich den Uranabbau im Niger, mit dem Ungerechtigkeit und Konfliktagen vor Ort verbunden sind, die durch die Entwicklungszusammenarbeit gar nicht aufgefangen werden könnten. Auch solche Zusammenhänge seien für einen Umstieg auf erneuerbare Energien zu bedenken. Hiesige Technologien könnten dazu beitragen, dass „man vor Ort die richtigen Energien auch findet“. Unter Anderen befasst sich das Institut für Solare Energietechnik in Freiburg mit angepassten Technologien. Zur Erlangung einer nachhaltigeren Landwirtschaft arbeitet das Land Baden-Württemberg derzeit zusammen mit Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen an einer Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik, die auch einen Abbau von Subventionen vorsieht.



Im Hinblick auf die berufliche Bildung stellte Minister Peter Friedrich das Duale System heraus, das ganz klar als „Kernkompetenz des Landes“ gelten könne. Außerdem könnten im Bildungsbereich Lehrer auf Zeit abgeordnet werden, um Wissenstransfer zu leisten. Beispielsweise werde derzeit in Brasilien mit Unterstützung von Fachlehrern ein gemeinsamer Standort für nachhaltiges Bauen in Kooperation mit der



# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Holzindustrie errichtet. Auch hier läge also großes Potenzial im Land, das mithilfe seiner Verwaltung auch ganz direkt beim Aufbau funktionierender Verwaltungsstrukturen bei der Umsetzung von *Good Governance* unterstützen könne. Auch die baden-württembergischen Hochschulen trügen mit ihren Forschungsprojekten und der großen Zahl ausländischer Studierender viele Aktivitäten im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Diese wissenschaftlichen Akteure sollten weiter vernetzt werden.

Minister Peter Friedrich wies auch darauf hin, dass kein Land in Europa so stark internationalisiert sei wie Baden-Württemberg „mit so vielen Leuten, die in der Welt rumgekommen sind“. Angedacht werden könne auch ein eigenes Fachforum, um das Potenzial für Globales Lernen und andere Bereiche zu nutzen und Verständnis für globale Zusammenhänge zu entwickeln. Ebenso unabdingbar sei es, sich unserer Handelsströme bewusst zu werden; Baden-Württemberg könne zwar selbstverständlich nicht internationales Handelsrecht brechen, durchaus aber in Brüssel darauf hinwirken, dass andere Schwerpunkte in Handelsfragen gesetzt werden. Der Minister äußerte konkret: „Das Ziel, Fair-Handels-Land zu werden, gefällt mir.“ Dazu müssten für Beschaffung Verantwortliche entsprechend geschult werden. Eine bereits erfolgte Lockerung der Vergaberichtlinien zugunsten lokaler Beschaffungsstrukturen sei nicht genutzt worden. Daher bestünde die Aufgabe darin, Regeln zu ändern und die Kommunen für diese Umstellung zu gewinnen.

### Rückfragen aus dem Plenum

Es folgten direkte Rückfragen an Minister Peter Friedrich aus dem Plenum.

Auf die Frage, wo Hilfe und Unterstützung bezüglich Beschaffungsrichtlinien, auch für Schulen, erhältlich seien, verwies Minister Peter Friedrich auf die Beratung durch den Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (*DEAB*). Eine Vertreterin des *DEAB* verwies außerdem auf das Forum für nachhaltige Entwicklung und Planung in Esslingen (*finep*), das sich seit Jahren mit Beschaffungsfragen auseinandersetzt und entsprechende Workshops dazu veranstaltet.

Außerdem wurde die Frage geäußert, ob Forschungsinstitute einen wissenschaftlichen Beitrag leisten könnten, wie Gemeinwohl und Ökobilanz in der Wirtschaft stärker zu fassen seien. Herr Friedrich erläuterte, dass die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes gerade erarbeitet werde. Dazu werde eine Enquete-Kommission im Landtag (ähnlich der im Bundestag) ins Auge gefasst, die verschiedene Modelle, wie Gemeinwohl gemessen werden kann, vergleichen soll. Auch die Ergebnisse diverser Forschungsstellen im Land würden bereits aufgearbeitet. Auch bei der Landesstiftung würden speziell Forschungsvorhaben zu Nachhaltigkeitsindikatoren gefördert. Dabei werde nicht untätig auf neue Erkenntnisse gewartet, sondern bestehende Projekte wissenschaftlich begleitet, z. B. derzeit schon im Bereich Elektromobilität. Grundsätzlich gehe es darum, bestehende Aktivitäten wissenschaftlich zu begleiten.

Das Thema Entwicklungsorientierung müsse in der Nachhaltigkeitsstrategie eine zentrale Rolle spielen. So sollten die Auswirkungen unserer Handlungen in anderen Regionen der Erde (neue Mobilitätskonzepte

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

bspw.) berücksichtigt werden. Als Beispiel für eine unterschiedliche Beurteilung nannte Minister Friedrich den Einsatz von Palmöl: Die Ökobilanz hierzulande sei positiv, weltweit aber schlecht.

Von einer Teilnehmerin der Bürgerkonferenz wurde die Frage aufgeworfen, wie Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit verstärkt zusammengebracht werden könnten, speziell im Hinblick auf mittelständische Unternehmen. Auch hierbei sei die Frage, wie andere Indikatoren eingebracht werden könnten, z.B. nachhaltige Unternehmenskonzepte. Man solle dabei aber nicht auf einem Modell beharren, sondern unterschiedliche Konzepte aufzeigen. Im Rahmen des Dialogprozesses findet zudem im Juni in Bad Boll das Themengespräch Wirtschaft statt.



Ob es einen Haushaltstitel im Land für Entwicklungshilfe gäbe, wollte eine weitere Teilnehmerin wissen. Der Kernhaushalt umfasse 710.000 Euro, so Minister Peter Friedrich. Davon fließe ein Teil über die SEZ in die Projektförderung. Auch die Landesstiftung fördere Globales Lernen. Der größte Teil der Fördermittel werde für Projekte in Baden-Württemberg verwendet, um zu unterstützen, zu motivieren usw. Die Landespolitik könne nicht auf die Projektarbeit im Ausland ausgerichtet sein, zumal das eine Aufgabe des Bundes sei. In die Zuständigkeit des Landes hingegen fielen die Bereiche Schule, Land- und Forstwirtschaft.

Dagegen ging ein Teil der in Ulm versammelten Bürgerschaft davon aus, der Haushaltstitel, den es früher für die Entwicklungspolitik gab, existiere nicht mehr; entsprechend wurde geäußert, man sei froh über die Wertschätzung, den das Engagement durch den Dialog erfährt, die Forderung nach dem Haushaltstitel bliebe aber bestehen. Minister Friedrich entgegnete, den Haushaltstitel gäbe es tatsächlich nach wie vor. Er müsse trotz hohen strukturellen Defizits nun verstetigt werden – „der Bedarf ist ja hoch“.

Dem Vorschlag, das Land solle angesichts leerer Kassen Rücklagen für Entwicklungsprojekte über *Oikocredit* anlegen, musste Minister Peter Friedrich eine Absage erteilen – Anlagen würden durch

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

landeseigene Banken organisiert, das Land könne kaum eigene Anlagen tätigen. Da sich in der jüngsten Vergangenheit herkömmliche Anlagemöglichkeiten aber nicht bewährt hätten, möchte er die Idee aber aufgreifen.

Zur Frage, wie Partnerschaften verstärkt in den Medien dargestellt werden könnten, meinte Minister Friedrich, der SWR berichte über die Initiative „Welt:Bürger gefragt!“ ganz gut, auch wenn die Resonanz in der Presse noch besser sein könnte. Es gelänge im Allgemeinen gut, immer wieder entwicklungspolitische Themen einzubringen. Außerdem werde das Thema mit Veranstaltungen in anderen Bereichen gekoppelt, beispielsweise sei auch beim Landesgründungskonzert in Berlin ein Spendenaufruf für Projekte in Burundi erfolgt.

Im Plenum wird vorgeschlagen, Anreize zum Austausch auch für die Privatwirtschaft, nicht nur für Lehrer und Beamte, zu schaffen. Minister Peter Friedrich gesteht, dass ein genereller Anreiz nicht vorhanden sei, wertet die Idee aber als „charmant“, gerade im Hinblick auf die zahlreich vorhandenen Experten aus Unternehmen. Angemerkt wurde von einem Bürger im Hinblick auf einen möglichen Transfer von Know-how aus dem Land, dass ohnehin gerade Berufsschullehrer fehlten, was einen Einsatz von Lehrkräften im Ausland kaum möglich machen dürfte. Minister Peter Friedrich entgegnete darauf, dass die notwendige Weiterentwicklung der Schullandschaft derzeit erfolge. Wichtig sei, dass auch Austauschmöglichkeiten für Partner aus dem Süden bestünden, da Aufenthalte in Baden-Württemberg für Menschen aus den Entwicklungsländern oder auch anderen europäischen Ländern wichtig und daher unterstützungswürdig seien. Stipendienprogramme bestünden, ebenso wie eigene Studiengänge und Förderprogramme an den Universitäten. In diesem Zusammenhang kam aus dem Plenum die Empfehlung, das Studienbegleitprogramm „STUBE“ auszubauen. Minister Friedrich bekräftigte, dass Stube weiter finanziert werde. Allerdings ist er sich des Umstandes bewusst, dass Studierende ihren Aufenthaltsstatus verlieren, sobald sie ihr Studium beenden, obwohl Jobangebote bestehen und die betreffenden Unternehmen dies sehr bedauern. Das Problem sei also, dass sich hervorragend ausgebildete Leute hier engagieren möchten, aber nicht tätig werden können. Der Minister möchte diesbezügliche Lösungsmöglichkeiten aufgreifen. Auf der anderen Seite solle aber nicht der *Brain Drain* organisiert werden; vielmehr sollen Menschen nach ihrem Aufenthalt in Baden-Württemberg ihr Know-how als Brückenköpfe in ihren Heimatländern einbringen können.

# Welt:Bürger gefragt!

## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog WELT:BÜRGER GEFRAGT!  
finden Sie unter:

[www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt)

[www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt](http://www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt)

### Kontakt

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann, Tel.: 07164-79-212, Fax: 07164-79-5212

[weltbuerger@ev-akademie-boll.de](mailto:weltbuerger@ev-akademie-boll.de)